



Wien:

## PRESSEERKLÄRUNG

### **Solidarität mit Kuba!**

Österreichisch-kubanische Gesellschaft vom 8. Oktober 2009 – In diesen Wochen jährt sich zum fünfzigsten Mal die Gründung des kubanischen Instituts für Völkerfreundschaft, ICAP (Instituto Cubano de Amistad con los Pueblos), in wenigen Monaten jährt sich zum vierzigsten Mal die amtliche

Bewilligung der Gründung der Österreichisch-kubanischen Gesellschaft, und nicht zuletzt markiert der 10. Oktober das Ende der Sklaverei mit dem Beginn des ersten Befreiungskriegs gegen die spanische Kolonialherrschaft im Jahr 1868.

Dies ist Anlaß genug für die Österreichisch-kubanische Gesellschaft, verschiedene mit Solidaritätsarbeit befassten Organisationen in Österreich, Vereine von in Österreich lebenden Lateinamerikanern und schließlich Jugend- und Studentenorganisationen, politische Parteien, christliche Organisationen und interessierte Einzelpersonen einzuladen, um gemeinsam mit in Österreich lebenden Kubanern Überlegungen anzustellen, wie die Solidarität mit der Karibikinsel wirksam im gesellschaftlichen Leben verankert werden kann.

Diese Überlegungen sind notwendig, da durchaus irrtümlich die Meinung entsteht, mit der Wahl des ersten schwarzen Präsidenten der USA und dem von ihm verkündeten und angestrebten Wandel werde unmittelbar auch eine spürbare Erleichterung und Entspannung einhergehen für die praktisch seit fünfzig Jahren in Kraft befindliche wirtschaftliche, kommerzielle und finanzielle Blockade mit ihren umfassenden politischen Auswirkungen.

Was diese Blockade bedeutet, hat Österreich an Hand der Sperrung der BAWAG-Konten von in Österreich lebenden Kubanern als Vorleistung zur problemlosen Übernahme durch den US-Investor Cerberus vor zweieinhalb Jahren unmittelbar erlebt: Die Wirkung wird auch auf andere Staaten übertragen! Aber gleichzeitig war erkennbar, daß durch politischen Druck bis auf staatlicher Ebene derartige Maßnahmen zurückgewiesen und schließlich per Dekret aufgehoben werden können. Unvergleichbar größer sind die vielfältigen Beschränkungen und Verbote, die nach konservativen Schätzungen der Republik Kuba bisher fast 100 Milliarden US-Dollar gekostet haben. Die Verbote reichen von der Nichtweitergabe einer Nikon-Kamera als Preis eines UNESCO-Wettbewerbs an einen kubanischen Schüler bis zu US-Einfuhrverboten für Mercedes, sofern metallische Bauteile kubanisches Nickel enthalten. Keine dieser grotesk anmutenden Maßnahmen wurde bisher geändert, im Gegenteil: Der US-amerikanische Vizepräsident Biden erklärt: 'Die Blockade wird als Druckmittel gegen Kuba aufrechterhalten!'

Diese Entscheidung steht in direktem Widerspruch zur realistischen Einschätzung von Hillary Clinton, daß die Kuba-Politik der letzten 50 Jahre ein vollkommener Fehlschlag gewesen sei. Gemeinsam mit allen Freunden Kubas hat auch die Österreichisch-kubanische Gesellschaft die Gewissheit, daß alle weiteren Versuche,

durch Missachtung der Souveränität des kubanischen Volkes Änderungen in seinem gesellschaftlichen System zu erreichen, auch in fünfzig weiteren Jahren wieder zur selben Einschätzung führen werden: Totaler Fehlschlag!

Trotz der ungeheuren militärischen, wirtschaftlichen und politischen Überlegenheit der größten Wirtschaftsmacht der Erde leistet Kuba für dutzende Staaten medizinische Hilfe durch zehntausende Ärzte und schickt ebenso Lehrer in entlegene Regionen oder in die Slums von Großstädten, um durch Gesundheitsvorsorge und Alphabetisierung Grundbedürfnisse von Menschen zu befriedigen. Darüberhinaus entwickelt Kuba gemeinsam mit immer mehr Staaten der Karibik und Lateinamerikas das neue Wirtschaftssystem ALBA, um durch Kooperation und Solidarität dem weltweiten Kollaps des Finanz- und Wirtschaftssystem besser entgegenwirken zu können.

Allen die meinen, die US-Blockade wäre für Kuba nur eine billige Ausrede für Fehler in der eigenen Wirtschaftspolitik, sagen wir: Beteiligen Sie sich aktiv und wirkungsvoll daran, die Blockade zu beseitigen, und dann können wir gemeinsam sehen, welche Auswirkungen sich ergeben werden!

Darin sehen wir die unmittelbare Bedeutung von wirksamer Solidarität mit Kuba: Durchbrechen der Blockade, bis sie vollständig beseitigt ist!

Es ist uns eine Ehre, bei unserem 'Österreichischen Treffen der Solidarität mit Kuba' den Vizepräsidenten von ICAP, Elio Gamez, die Mitarbeiterin deren Europa-Abteilung, Yulien Alfonso, und insbesondere auch den Mitkämpfer Che Guevaras, von der Sierra Maestra bis Bolivien, Leonardo 'Urbano' Tamayo, bei uns begrüßen zu können. Sie stehen gemeinsam mit uns für die Behandlung aller Fragen und Anliegen gerne zur Verfügung.

Österreichisch-kubanische Gesellschaft  
Dr. Hans Mikosch, Vorsitzender

Wien, 8. Oktober 2009

---

Rückfragehinweis:  
Dr Hans Mikosch, 58801-15870, 0664-60588 5996  
[Hans.Mikosch@TUWien.ac.at](mailto:Hans.Mikosch@TUWien.ac.at)

Österreichisches Treffen der Solidarität mit Kuba  
VHS-Hietzing, Hofwieseng. 48  
Samstag, 10. Oktober 2009, 13 Uhr

# Schlußklärung

## Solidarität mit Kuba!

Schon vor dem Triumph der Revolution im Jahr 1959 empfing und zeigte Kuba Solidarität, wie es dokumentiert ist durch die Teilnahme von Kubanern an der Verteidigung der spanischen Republik gegen den Putschisten Franco in der 2. Hälfte der Dreißigerjahre, und durch die Beteiligung von Menschen aus verschiedenen Ländern an den Befreiungskriegen auf der Insel im 19. Jahrhundert. Das war der Fall, nur als Beispiel, für einige Angehörige der Dominikanischen Republik, für Puerto Ricaner, Kämpfern aus den USA und sogar aus Polen. General Máximo Gómez, ein Dominikaner, war ein einwandfreies Beispiel für diese Solidarität. Die Gründung des kubanischen Instituts für Völkerfreundschaft (ICAP) wenige Monate nach dem Sieg der Revolution zeigt aber deutlich ein neues Niveau der Zusammenarbeit mit Freunden Kubas in aller Welt. Gleichzeitig führten die Ziele, für die Fidel, Che, Raúl, Camillo, Juan Almeida, und all die anderen Guerilleros der Sierra Maestra gekämpft haben an der Spitze und gemeinsam mit dem ganzen kubanischen Volk, zu einer stetig zunehmenden militärischen Bedrohung und einer ökonomischen und politischen Blockade. Bis heute ist der Kampf gegen dieses Verbrechen gegenüber Kuba wesentlicher Inhalt aktiver Solidarität!

Eine große Zahl von Menschen auf der ganzen Welt haben aktiv die kubanische Revolution über die Solidaritätsbewegung unterstützt. Auch in Österreich fand diese Solidarität ihren Ausdruck: Seit jetzt schon 40 Jahren ist die ÖKG in Zusammenarbeit mit ICAP aktiv bei der Ausübung politischer und praktischer Solidarität mit Kuba. Beginnend mit der Teilnahme an Brigaden zum Bau von Schulen und für Erntearbeiten in der Landwirtschaft gemeinsam mit hunderten jungen Menschen aus Westeuropa in der 'Brigada International José Martí' konnte die ÖKG ein breites Feld von Aktivitäten entwickeln: Unterstützung von Schulen in Santiago, Initiative zum Anbau spezieller Pflanzen (Yatropa Curca) für Wiederaufpflanzungsmaßnahmen in Trockenregionen der Provinz Guantánamo, Senden von medizinischen Geräten in Spitäler Havannas, Austausch kultureller Aktivitäten mit verschiedenen Provinzen, Unterstützung der Überstellung von Müllsammelwägen an die Stadtverwaltung von Havanna und von wissenschaftlichen Instrumenten an die Universität Havanna, und viele andere Aktivitäten mehr. Neben der ÖKG und auch unabhängig von ihr entwickelten andere Gruppen Solidarität mit Kuba. Dies ist der Fall für CDR Austria 'Antonio Maceo', Energie für Kuba, den Kulturverein Che, den Bolivarianische Zirkel, Sonne für Kuba, Buena Vista, Freundschaft mit Kuba, Graz, Kubahilfe, Freunde von Holguín, Enlazando Alternativas, etc. Genauso haben Organisationen, bestehend aus in Österreich lebenden Menschen aus verschiedenen Ländern, aktiv die Solidarität mit Kuba unterstützt. Die 'Lateinamerikanische Konföderation', die 'ehemaligen politischen Gefangenen Chiles', die 'Sozialistische Partei Chiles', die 'Anatolische Föderation', Arauco, neben anderen, sind Teil dieser Gruppe. Verschiedene politische, Jugend- und Studentenorganisationen haben ununterbrochen unterstützt und teilgenommen an der Solidaritätsbewegung.

Kuba hat eine bedeutende Rolle erreicht bei der Entwicklung eines tatsächlich neuen Systems der Kooperation zwischen souveränen Ländern, gestützt auf den Austausch von verfügbaren Ressourcen, Wissen, und Dienstleistungen, und gegründet auf Solidarität. Ebenso hat die kubanische Revolution die politischen und sozialen Prozesse in Lateinamerika beeinflusst, insbesondere in den letzten zwei Jahrzehnten.

Änderungen im politischen System in Lateinamerika machten die Gründung der 'Bolivarianischen Allianz für die Völker unseres Amerika', ALBA, möglich, einem neuen System der Integration, basierend auf Solidarität zwischen den Mitgliedsländern. ALBA und seine verschiedenen Zweige in wirtschaftlichen und Kommunikationsbereichen und bei öffentlichen Diensten stellen wichtige Mittel zur Verfügung, um die Auswirkungen der weltweiten finanziellen und ökonomischen Krise so effektiv wie möglich zu bekämpfen. Die grundlegenden Überlegungen, die zu der neuen Zusammenarbeit zwischen diesen Ländern geführt haben, sind sowohl theoretisch als auch praktisch wertvoll auch für andere Teile der Welt.

In unserem Treffen am 10. Oktober haben wir versucht, so viele Übereinstimmungen wie möglich zu finden, Erfahrungen zwischen uns und kubanischen und anderen ausländischen Freunden auszutauschen, um zu einem größtmöglichen Ausmaß die Solidaritätsarbeit mit der Karibikinsel zu verbessern.

Das ist heute von größter Bedeutung! Es mag die falsche Erwartung geben, daß in Folge der Wahl eines schwarzen Präsidenten der USA die brutalen Beschränkungen gegen Kuba nachlassen könnten. Barack Obama selbst mag solche Maßnahmen vielleicht auch befürworten, aber die Blockade gegen Kuba ist immer noch mächtig; sie besteht aus einem System von ökonomischen, juristischen und politischen Mauern, die in den letzten 48 Jahren errichtet worden sind und nach wie vor unter der Kontrolle sind von rechts gerichteten, ja faschistischen Gruppen von mit der Mafia verwobenen Organisationen. Es ist sogar noch schlimmer: Es gibt eine ganze Reihe von Dekreten, Gesetzesergänzungen, u.ä., die ausschließlich der Entscheidung des Präsidenten unterliegen, und daher von ihm sofort aufgehoben werden könnten, ohne den Kongress oder das Repräsentantenhaus zu befragen - aber derartige Schritte werden nicht gesetzt trotz des Fehlschlags all der Aggressionshandlungen gegen Kuba. Das kubanische Volk hat eine tatsächliche Unabhängigkeit erreicht, und es wird diese verteidigen mit demselben Nachdruck wie in den vergangenen 50 Jahren.

Wir begrüßen alle Schritte in Richtung einer freundschaftlichen Partnerschaft zwischen benachbarten Ländern, aber wir finden ein unglaublich tiefes Niveau vor, das geschaffen worden ist vom mächtigsten Land der Erde gegen eine kleine Insel: Die Wiedererrichtung einer direkten Postverbindung nicht im 18., sondern am Beginn des 21. Jahrhunderts ist ein tatsächlich kleiner Schritt vorwärts, aber schon dieser gibt Hoffnung für mehr!

Der Dreh- und Angelpunkt für eine Verbesserung der Beziehungen ist die Beendigung der völkermörderischen Blockade und die Haftentlassung der fünf Kubaner, die in den USA inhaftiert sind, weil sie kriminelle Angriffe gegen Kuba verhindert haben. Der absurde Tatbestand, daß Anti-Terror-Kämpfer in US-Gefängnissen einsitzen im Kielwasser des 'Kriegs gegen den Terror' desselben Landes, muß sofort beseitigt werden.

Solidarität mit Kuba bleibt ein zwingende Bedingung zum gegenwärtigen Zeitpunkt. Die Schaffung eines 'Netzwerkes der Solidarität mit Kuba' ist bedeutungsvoll für das Fortsetzen der Unterstützung der kubanischen Revolution.

Die Teilnehmer an diesem Treffen der Solidarität mit Kuba, im Wissen um diese Tatsachen,

- bestärken ihre ungebrochene Solidarität mit der kubanischen Revolution und dem kubanischen Volk,

- entscheiden sich zur Einrichtung eines Netzwerkes der Solidarität mit Kuba,
- verlangen das Ende der völkermörderischen wirtschaftlichen, politischen, kommerziellen, kulturellen und finanziellen US-Blockade, die die kubanische Wirtschaft um mehr als 96 Milliarden US-Dollar geschädigt hat, und die negativ beeinflusst das normale Leben und die grundlegenden Rechte der kubanischen Bevölkerung, einschließlich des Rechts auf Nahrung, Bildung und Gesundheit,
- verlangen die bedingungslose Respektierung der Unabhängigkeit und Souveränität Kubas,
- drängen Präsident Obama zur Freilassung der fünf Kubaner,
- appellieren nachdrücklich an Präsident Obama, Maßnahmen zu ergreifen zur Unterbindung terroristischer Aktivitäten gegen Kuba, die finanziert und organisiert werden auf dem Territorium der USA.

Wien, 10. Oktober 2009